

Höhere Ziele bei Klimaschutzgesetz angekündigt

Nachdem das Verfassungsgericht die Regierung verpflichtet hat, drücken die Parteien aufs Tempo

Markus Decker
und Steven Geyer

Berlin. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts für eine Reform des Klimaschutzgesetzes drücken sowohl die SPD, als auch die Union aufs Tempo. Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) sagte: „Ich werde einen Vorschlag machen, und dann wird man sehen: Wer sind die Bremser und wer geht da mit voran.“ Sie will ihren Entwurf für das überarbeitete Gesetz noch in dieser Woche präsentieren. „Ich werde das so machen, dass der Klimaschutz die Wirtschaft nicht abwürgt, sondern dass wir sie umbauen und modernisieren.“ Als geplante Maßnahmen nannte sie den Ausbau erneuerbarer Energien und mehr Transparenz bei der Pkw-Kennzeichnung. „Das

sind alles Initiativen, die jetzt auf dem Tisch liegen und die wir sehr schnell umsetzen könnten“, sagte Schulze.

Auf den Richterspruch, der unter dem Strich bis Ende kommenden Jahres höhere Klimaschutzziele für die 2020er-Jahre verlangt, hatten zahlreiche Unionspolitiker positiv reagiert. Auch das Bundeskanzleramt sei gewillt, eine entsprechende Neuregelung des Gesetzes von 2019 noch bis zur letzten Sitzungswoche Ende Juni durchs Parlament bringen, hieß es aus Regierungskreisen. Bei entsprechender Bereitschaft der Unionsseite sei das deshalb durchaus machbar.

Dabei dürfte mehr Tempo beim Ausbau der erneuerbaren Energie sowie bei der CO₂-Reduzierung im Verkehrsbereich im Mittelpunkt stehen. Das Gesetz zum Kohleausstieg

dürfte hingegen unangetastet bleiben. Auch andere konkrete Maßnahmen, etwa durch eine Anpassung des Erneuerbare-Energien-Gesetz wird jedoch erst nach der Bundestagswahl und den Verhandlungen zwischen den künftigen Koalitionsparteien gerechnet. In dieser Legislatur geht es nur darum, neue Ziele zu definieren, an die die nächste Regierung dann jedoch gesetzlich gebunden wäre.

In der Union ist indes ein Wettbewerb um die ambitioniertesten Ziele ausgebrochen. Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Markus Söder will Bayern bis 2040 klimaneutral machen. Bisher ist im bayerischen Klimaschutzgesetz 2050 als Ziel verankert. CDU-Chef Armin Laschet setzt als Konsequenz aus der Entscheidung des Verfas-



Vizekanzler Olaf Scholz.
Foto: imago images

sungsgerichts auf einen parteiübergreifenden nationalen Konsens für Klimaneutralität „deutlich vor 2050“, wie er ausdrücklich erklärte. Auch FDP-Chef Christian Lindner plädierte für einen „nationalen Klimakonsens“.

Die Klimaschutz-Aktivisten von Fridays for Future sehen dagegen akuten Handlungsbe-

darf: „Mit dem Klimaschutzgesetz von 2019 können wir den deutschen Beitrag zur Bekämpfung der Klimakrise nicht leisten“, sagte ihr Sprecher Nick Heubeck. „Die verantwortlichen Ministerinnen und Minister müssen sofort eine Verschärfung vorlegen, mit der wir die 1,5-Grad-Grenze einhalten.“

Die wissenschaftlichen Erkenntnisse zeigten klar, dass Deutschland innerhalb der nächsten 15 Jahre klimaneutral werden müsse. „Dafür bedarf es neben verbindlichen Zwischenzielen sofortige Maßnahmen, um die Emissionen in den nächsten Jahren deutlich zu senken“, so Heubeck. „Ohne einen Systemwandel werden wir diese Aufgabe nicht bewältigen, wie die unzureichenden Absichtserklärungen der Großen Koalition seit dem Urteil bestätigen.“ **Kommentar**

4.5.21